

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungen	XIII
1. Kapitel: Einleitung	1
A. Die demographische Entwicklung Deutschlands. Der Ausgangspunkt der Diskussion	1
B. Einführung eines „Familienwahlrechts“. Hoffnung auf Besserung	4
C. Modelle eines Familienwahlrechts. Überblick	5
D. Fragestellung	8
2. Kapitel: Staats- und verfassungstheoretische Vorfragen eines Familienwahlrechts	11
A. Legitimität staatlicher Bevölkerungspolitik als Frage der Staats- und Verfassungstheorie	11
B. Die Einwirkung auf das generative Verhalten der Bevölkerung als Gegenstand staatlichen Handelns	13
C. Die Bedeutung der Geburt eines Menschen für den freiheitlichen Staat	15
D. Die Steigerung der Geburtenrate als legitimes Ziel staatlichen Handelns	19
E. Die Weitergabe des Lebens als Verfassungserwartung	21
3. Kapitel: Minderjährigenwahlrecht	29
A. Ebene normativer Änderungen	29
B. Ursprüngliche Setzung einer Altersgrenze für Wahlen – „verfassungswidriges Verfassungsrecht“?	29

C. Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Regelung?	31
D. Senkung des Wahlalters und Grenzen der Verfassungsänderung	38
E. Effektivität. Exkurs	45
4. Kapitel: Wahlrecht von Geburt an	47
A. Verfassungswidrigkeit eines originären Elternwahlrechts	47
B. Das Wahlrecht von Geburt an als Lösung (derivatives Elternwahlrecht)	53
C. Grenzen der Verfassungsänderung	64
D. Staat gegen Verfassung: Einführung eines Wahlrechts von Geburt an qua Staatsnotrecht?	96
E. Tauglichkeit eines Wahlrechts von Geburt an, die Demographie positiv zu beeinflussen?	98
Ausblick	106
Literaturverzeichnis	111
Register	135

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungen	XIII
1. Kapitel: Einleitung	1
A. Die demographische Entwicklung Deutschlands. Der Ausgangspunkt der Diskussion	1
B. Einführung eines „Familienwahlrechts“. Hoffnung auf Besserung	4
C. Modelle eines Familienwahlrechts. Überblick	5
I. Mehrdeutigkeit des Begriffs	5
II. „Minderjährigenwahlrecht“	6
III. „Wahlrecht von Geburt an“	6
IV. Kombination eines Wahlrechts von Geburt an mit einem Minderjährigenwahlrecht	8
D. Fragestellung	8
2. Kapitel: Staats- und verfassungstheoretische Vorfragen eines Familienwahlrechts	11
A. Legitimität staatlicher Bevölkerungspolitik als Frage der Staats- und Verfassungstheorie	11
B. Die Einwirkung auf das generative Verhalten der Bevölkerung als Gegenstand staatlichen Handelns	13
C. Die Bedeutung der Geburt eines Menschen für den freiheitlichen Staat	15
D. Die Steigerung der Geburtenrate als legitimes Ziel staatlichen Handelns	19

E. Die Weitergabe des Lebens als Verfassungserwartung	21
I. Vitale Basis der Gesellschaft und Weitergabe der Kultur	21
II. Vereinbarkeit mit der Grundrechtsidee einer freiheitlichen Verfassung	24
III. Unerheblichkeit ökologischer, feministischer und arbeitsmarkt- politischer Bedenken	26
3. Kapitel: Minderjährigenwahlrecht	29
A. Ebene normativer Änderungen	29
B. Ursprüngliche Setzung einer Altersgrenze für Wahlen – „verfassungswidriges Verfassungsrecht“?	29
C. Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Regelung?	31
I. Gehalt der Neuregelung	31
II. Zur Auslegung der Verfassungsänderungsgrenze des Art. 79 Abs. 3 GG	32
III. Einsichtsfähigkeit des Bürgers als Voraussetzung demokratischer Mitwirkung	35
D. Senkung des Wahlalters und Grenzen der Verfassungsänderung	38
I. Widersprüchlichkeit des Rechts – Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip?	39
II. Einsichtsfähigkeit des Bürgers und demokratische Willensbildung	43
E. Effektivität. Exkurs	45
4. Kapitel: Wahlrecht von Geburt an	47
A. Verfassungswidrigkeit eines originären Elternwahlrechts	47
I. Erfordernis einer Verfassungsänderung	47
II. Berührung der Verfassungsidentität	50
B. Das Wahlrecht von Geburt an als Lösung (derivatives Elternwahlrecht)	53
I. Hintergrund der Konstruktion	53
II. Erfordernis einer Verfassungsänderung	53
III. Verfassungsgebot eines Wahlrechts von Geburt an?	56

1. Legitimation von Herrschaft durch das Volk	56
2. Parlamentarische Repräsentation von Kindern	58
3. „No taxation without representation“	59
4. Betroffenheit und Menschenwürde	61
C. Grenzen der Verfassungsänderung	64
I. Formalität und inhaltliche Offenheit grundgesetzlicher Demokratie	64
II. Unmittelbarkeit der Wahl	67
III. Höchstpersönlichkeit der Wahl	69
1. Der Einwand	69
2. Verfassungsrechtliches Fundament	69
3. Infragestellungen	73
a) Stellvertretung an den bayerischen Hochschulen	73
b) Einführung eines Wahlrechts von Geburt an in der katholischen Kirche	74
4. Verfassungsrechtliche Unabänderlichkeit	75
a) Abweichungen von der Höchstpersönlichkeit der Wahl de lege lata?	76
b) Mangelnde Verifizierbarkeit in der Rechtsvergleichung?	77
IV. Geheimheit der Wahl	79
V. Gleichheit der Wahl	80
1. Strategien zur Begründung der Gleichheitssatzkonformität eines Wahlrechts von Geburt an	80
2. Orientierung der Wahlrechtsgleichheit an der Wirklichkeit ...	81
3. Gesteigerter Einfluss der Eltern	83
VI. Rechtfertigung einer Durchbrechung des Gebotes der Zählwertgleichheit?	87
1. Implizite Aufweichung des Dogmas von der Absolutheit des Verbotes einer Differenzierung bei der Zählwertgleichheit	87
2. Bessere Verwirklichung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl?	87
3. Notwendigkeit des Aufweises einer systemimmanenten Änderung eines geschützten Grundsatzes statt Rechtfertigung seiner Berührung	90
VII. Systemimmanente Änderung des Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit?	92
D. Staat gegen Verfassung: Einführung eines Wahlrechts von Geburt an qua Staatsnotrecht?	96

E. Tauglichkeit eines Wahlrechts von Geburt an, die Demographie positiv zu beeinflussen?	98
I. Grund für das Erfordernis	98
II. Effektivität einer geburtenfördernden Familienpolitik	99
III. Wirkungen eines Familienwahlrechts	103
Ausblick	106
Literaturverzeichnis	111
Register	135